



TOP 10

Bericht über Verfolgungssituationen in Syrien, im Libanon, in Libyen und in China

Bericht in der Sitzung der 15. Landessynode am **17.10.2019**

Hochgeschätzte Frau Präsidentin,

Hohe Synode,

Herr Landesbischof,

Liebe Schwestern und Brüder,

Gleich zu Beginn möchte ich mich bei der Geschäftsführung der Synode entschuldigen, dass mein Bericht viel zu spät, nämlich erst vor drei Tagen fertiggestellt wurde. Das ist nicht in Ordnung, und doch bitte ich um Verständnis, denn die Ereignisse haben sich gerade in den letzten Tagen und Wochen überschlagen.

Im Norden Syriens, an der Grenze zur Türkei, sind derzeit rund 450.000 Menschen in Angst und Schrecken versetzt und bereit ihre Heimat zu verlassen nach dem Einmarsch türkischer Truppen auf syrisches Staatsgebiet. Gut 80.000 Menschen haben ihre Häuser in dieser Region schon verlassen und sind Richtung Süden geflohen. Der türkische Präsident Erdogan droht damit, die etwa 3,6 Millionen syrischen Flüchtlinge in seinem Land nach Europa durchzulassen. Geflüchtete als politisches Druckmittel, um weltweite Akzeptanz für seine Pläne zur Vernichtung der Kurden im syrisch-türkischen Grenzgebiet zu erhalten.

Aber nicht nur vor unserer europäischen Haustür und im Nahen Osten müssen Menschen ihre Heimat verlassen, auch in anderen Teilen der Welt sind Männer, Frauen und Kinder auf der Flucht, weil sie verfolgt werden.

Die Lage in Myanmar und angrenzenden Ländern, wo Muslime von der buddhistischen Mehrheit vertrieben wurden und werden, hat sich noch lange nicht beruhigt. In Afrika ist die Situation so, dass Menschen aus Nigeria, die sich in Südafrika niedergelassen haben, verfolgt und vertrieben werden und gezwungen sind, das Land am Kap zu verlassen.

In Südkorea sind die christlichen Kirchen vermehrt damit beschäftigt, sich um Flüchtlinge aus Indonesien und anderen angrenzenden Ländern zu kümmern.

In Ägypten, so berichtete der koptische Bischof Anba Pola, gibt es immer noch Angriffe auf christliche Einrichtungen und Kirchen. Obwohl der ägyptische Staatspräsident Al Sisi durch seinen Besuch einer koptischen Kirche an Ostern öffentlich klar gemacht hat, dass die Kopten, also die Christen in Ägypten, zur Gesellschaft gehören und ein Teil von ihr sind, sind Christen immer wieder Ziel von Terroristen.

Derzeit rechnet man mit rund 70 Millionen Menschen, die weltweit auf der Flucht sind. Das entspricht fast der Einwohnerschaft von Deutschland. „Nach wie vor werden jeden Tag 37.000 Menschen aus ihrer Heimat vertrieben“, so der Repräsentant der Vereinten Nationen in Deutschland, Dominik Bartsch. Und weiter: „Alle zwei Sekunden verliert ein Mensch sein Zuhause und sein ganzes bisheriges Leben, manchmal sogar seine Familie“. Mehr als die Hälfte der Betroffenen sind Kinder.

Im vergangenen Jahr kamen 141.472 Menschen über das Mittelmeer nach Spanien, Griechenland und Italien. 11.000 kamen nach Baden-Württemberg. Nach 98.000 noch im Jahr 2015. Die meisten Geflüchteten kommen aus Nigeria, Syrien, der Türkei, dem Irak und Iran.

Aus Syrien selbst haben wir derzeit recht gute Informationen. Mehr Menschen sind in den vergangenen Monaten nach Syrien zurückgekehrt, weil sie darauf vertraut haben, dass die Lage sicher und stabil ist. Durch den Einmarsch der türkischen Truppen in Syrien hat sich dieser Trend allerdings furchtbar umgekehrt.

Harout Selimian, Präsident der Armenisch-Evangelischen Kirchen in Syrien, berichtet von Aleppo, dass vor allem Kinder dringend therapeutische Hilfe brauchen, um die Kriegserinnerungen verarbeiten zu können. Es sind mittlerweile mehr als drei Millionen syrische Kinder, die nicht zur Schule gehen. Das ist eine Katastrophe. Auch das Gustav Adolf Werk hat gute Beziehungen zu verschiedenen Kirchen in Syrien und unterstützt sie.

Immer noch ungewiss, und Sie wissen, dass ich das in jedem Bericht erwähne, ist weiterhin das Schicksal der beiden verschleppten orthodoxen Erzbischöfe Mor Gregorius Yohanna Ibrahim und des griechisch-orthodoxen Bischofs Paul Yazigi. Von beiden fehlt bislang jedes Lebenszeichen, und doch besteht immer noch die Hoffnung, dass sie am Leben sind und eventuell als Faustpfand für anstehende Verhandlungen zurückgehalten werden.

In einem aktuellen Bericht über die Lage der Christen im Nordirak, den wir erst vor fünf Tagen erhalten haben, steht, dass durch die Aktivitäten der türkischen Armee nicht nur die Kurden aus dem Grenzgebiet vertrieben werden sollen, sondern dass dabei auch Christen und Jesiden unter den Notleidenden sein werden. Auf Kosten der Christen und Jesiden sollen in diesen Gebieten dann arabische Sunniten angesiedelt werden. Neueste Zahlen schätzen die Zahl der Geflüchteten auf 80.000, die der intern Vertriebenen IDPs (Internal Displaced Persons) auf 300.000. Im

syrischen Kamischli wurden in den letzten Tagen auch die christlichen Stadtteile von den Türken bombardiert. In Quador Bek kam der zwölfjährige Muhammad Yousif Hussein beim türkischen Angriff ums Leben, die siebenjährige Sarah Muhammad Hussein verliert ein Bein. Sie wurde im christlichen Krankenhaus AISalam operiert.

Übergriffe auf christliche Kirchen und Gemeinden gibt es auch in anderen Teilen der Welt. So sind immer noch Boko Haram Anhänger im Norden Nigerias an Überfällen auf christliche Dörfer beteiligt. Der Regierung in Abuja gelingt es immer noch nicht, diese radikalislamistischen Truppen vollständig zu bekämpfen. Auch aus Zentralafrika werden Überfälle auf christliche Kirchen gemeldet, ebenso von den Philippinen, wo Anfang dieses Jahres bei einem Anschlag auf eine katholische Kirche 20 Menschen ums Leben kamen und zahlreiche verletzt wurden.

Die Vorgänge im afrikanischen Kamerun bereiten ebenfalls Grund zur Sorge. Dort gibt es seit mehreren Jahren einen Konflikt zwischen den unterschiedlichen Sprachregionen des Landes, was wiederum aus der Kolonialzeit herrührt. Die Zentralregierung in der Hauptstadt vernachlässigt die englischsprachigen Gebiete immer mehr, sodass es zu verstärkten Übergriffen der französischsprachigen Mehrheit auf die englischsprachige Minderheit kommt und zahlreiche Menschen die Flucht ergreifen müssen. Hier ist Mission 21 in Basel und die Basler Mission Deutscher Zweig aktiv in der Unterstützung der Betroffenen.

Die Lage der verfolgten Christen weltweit ist uns in der Landeskirche weiterhin ein großes Anliegen. In diesem Jahr richten wir unseren Blick besonders nach Pakistan. Das muslimische Land ist in den vergangenen zwei Jahren ganz besonders in den Fokus der Weltöffentlichkeit geraten, weil dort die Christin Asia Bibi wegen angeblicher Gotteslästerung zum Tode verurteilt worden war und erst nach langen Verhandlungen im letzten Jahr dann freigelassen wurde und ausreisen durfte.

Wir stehen in unserer Landeskirche dafür ein, dass weltweit alle Menschen ihren jeweiligen Glauben leben dürfen. Frei und ohne Bedrohung.

Wir leben in einem freien Land und können hier die Stimme erheben für all diejenigen, die unterdrückt werden, die Nachteile in Kauf nehmen müssen, die Angst um ihr Leben haben. Für diese Stimmlosen treten wir ein mit Gebet und Solidarität.

Dazu gehören auch faire Asylverfahren. Immer wieder melden sich Pfarrerinnen und Pfarrer beim Oberkirchenrat und beklagen sich über die ihrer Ansicht nach ungerechten Behandlungen von Asylbewerbern vor deutschen Gerichten. Sie klagen über völlig überzogene Fragen nach theologischem Fachwissen. Sie bemängeln die schnellen Verfahren, auf die sich die Betroffenen kaum vorbereiten können. Dabei seien es gerade die Geflüchteten aus dem Iran, die sich schnell in unsere Gesellschaft integrieren wollen, die einen Arbeitsplatz suchen und hier arbeiten wollen.

Es sei bis heute nicht eindeutig geklärt, wie akut die Verfolgungssituation im Iran sei. Viele iranischen Menschen wenden sich an unsere Gemeindepfarrerinnen und -Pfarrer und suchen um Aufnahme in das Gemeindeleben nach, oder sie bitten darum, getauft zu werden. Zahlreiche Pfarrerinnen und Pfarrer erteilen deshalb Taufunterricht und nehmen diese Taufen vor.

Neue Gesetze in Deutschland, so unser Asylpfarrer Joachim Schlecht, erschweren die Aufnahme von solchen Betroffenen. Dazu gehören die neuen Regelungen bei der Ausbildungsduldung, die jetzt durch die Beschäftigungsduldung ergänzt wurden.

Oft spielt da auch die Frage nach den Papieren, also Reisepass etc. eine große Rolle. Kommen die Menschen ohne Papiere hierher, müssen sie versuchen, in ihrem Heimatland nach Ausweisdokumenten nachzufragen. Doch wenn sie das tun, dann wird dort behördlich bekannt, dass sie geflüchtet sind, und ihre ganze dort verbliebene Familie ist gefährdet.

Pfarrer Schlecht bekümmert besonders, welche Signale wir an die Ankommenden aussenden. Nämlich: „Eigentlich wollen wir euch gar nicht hier haben!“ Auch die Familienzusammenführung funktioniert überhaupt nicht, obwohl sie gesetzlich geregelt sei.

Die Frage vieler Geflüchteter sei doch: „Haben wir hier eine Chance? Können unsere Kinder hierbleiben?“

Grundsätzlich gilt es, die Rechtsprechung unserer Gerichte zu akzeptieren. Dennoch ist es notwendig gemeinsam mit den Gerichten Kriterien zu erarbeiten, was ein sicheres Herkunftsland ist, welchen Stellenwert Gutachten unserer Pfarrämter haben und weitere Fragen. Unsere Synodalin Marina Walz-Hildenbrand ist hier in einem fruchtbaren Dialog mit allen Betroffenen und berät sehr segensreich in vielen Einzelfällen.

Einen weiteren Aspekt möchte ich in diesem Zusammenhang auch noch erwähnen. Das ist die Frage nach den Kirchenasylan. Derzeit gibt es im Bereich unserer Landeskirche einen Kirchenasylfall, nachdem zwei Asylfälle im September beendet werden konnten. In Bayern sind es über 80 Fälle, in Hessen mehr als 50 und im Bereich der Nordkirche über 60. Wir werden oft gefragt, warum das so ist. Das hat sicher verschiedene Gründe. Aber sicher ist, dass in Baden-Württemberg schon im Vorfeld alle denkbaren Kanäle und alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Einzelfallprüfung genutzt werden. Auch die politische Konstellation in Baden-Württemberg spielt dabei eine Rolle.

Die meisten Fälle erhalten wir aus den Dublin-Staaten, also aus Italien, Frankreich und Schweden.

Einen weiteren Bereich möchte ich Ihnen ebenfalls nennen, der unsere Kirchengemeinden derzeit stark beschäftigt. Es sind die Geflüchteten aus China, die sich in unseren Gemeinden melden. Grundsätzlich gilt auch da, dass Menschen und ganz besonders auch Christen in China verfolgt

werden. Wenn sie zu uns kommen, dann haben Sie ein Recht auf Aufnahme und unseren Schutz. Immer öfter geht es bei diesen Geflüchteten um Anhänger der sogenannten Church of the Almighty God, CAG, auch Eastern Lightning genannt. Es ist eine aus China stammende neureligiöse Bewegung, die seit 2015 auch in Deutschland um Anhänger wirbt. Als anfänglich kleine Gruppe zählt die Kirche heute schon mehr als 4 Millionen Mitglieder und ist weltweit in 32 Ländern vertreten. Die CAG lehrt die Wiederkunft Jesu in Person einer jungen Chinesin, die von ihren Anhängern „Almighty God“, manchmal auch „Female Christ“ oder „Lightning Deng“ genannt wird. Dabei erhebt die CAG Exklusivitäts- und Absolutheitsansprüche. Sie allein verfüge über das Heil und lebe wahres Christsein. Die CAG wird bei uns oft für die chinesische Ausprägung des Protestantismus gehalten. In China selbst wird zwischen CAG, Hauskirchenbewegung und der Drei-Selbst-Bewegung (anerkannte und registrierte protestantische Kirche) unterschieden. Auch gibt es regionale Unterschiede in der Bewertung dieser Kirchen. Wichtig ist, dass in China mittlerweile mehr Christinnen und Christen leben als in Deutschland. Unsere Weltanschauungsbeauftragte Pfarrerin Annette Kick hat hier noch detailliertere Informationen.

Asien

Libanon

Mit Geldern aus dem Missionsprojekteausschuss wurden in den letzten Jahren verschiedene Projekte im Libanon unterstützt. Darunter eine Kurzzeit-Ausbildung für Frauen in Pflege und Hygiene, Computerausstattung für eine Schule und einen Sportplatz in Rass Baalbeck. Rass Baalbeck ist ein Dorf im Antilibanon-Gebirge direkt an der Grenze zu Syrien. Ziel solcher Projekte ist es, dass junge Christinnen und Christen gerne dort leben und eine Existenz aufbauen und bleiben können. Außerdem hat die Landeskirche über den Evangelischen Verein für die Schneller Schulen und die ems eine überaus langjährige Verbindung in den Libanon. So praktiziert die Johann Ludwig Schneller Schule in Kirbet Kanafar in der Bekaa-Ebene kurz vor der Grenze zu Israel eine gemeinsame Erziehung von christlichen und muslimischen Jugendlichen. Sie erhalten dort eine Schul- und eine Berufsausbildung und lernen so, wie man gemeinsam mit unterschiedlichen Religionen auskommen und leben kann.

Der Libanon ist das Land mit den meisten Christen im Nahen Osten. Sie stellen den Präsidenten und den Armeechef. Im Parlament und in der Verwaltung sind sie ebenfalls mit 50 Prozent vertreten, obwohl sie offiziell nur ein Drittel der Bevölkerung ausmachen.

Zu den reformatorischen Kirchen zählen die Armenisch-protestantische Kirche, die Presbyterianische Synode von Syrien und Libanon, die Nationale Evangelische Kirche von Beirut

sowie die Anglikanische Kirche und die Baptisten. Die Protestanten bilden die kleinste christliche Religionsgemeinschaft im Libanon. Die Maroniten stellen die größte christliche Kirche.

Den Christen im Libanon geht es immer noch besser als Christen in vielen anderen arabischen Ländern. Trotzdem wollen viele, vor allem junge Menschen, das Land verlassen. Viele Christen klagen aber auch über mangelnde Solidarität untereinander.

Von ihren Glaubensgeschwistern im Westen erhoffen sie sich mehr Unterstützung, um die eigene Position im Herkunftsland zu verbessern, und um die Anwesenheit der Christen in der Region weiterhin zu garantieren. Die geflüchteten Menschen aus Syrien in den Lagern (fast ausschließlich Muslime) werden oft nicht gerne gesehen, da insbesondere die Christen befürchten, dass sich dadurch die Mehrheitsverhältnisse im Land ändern und die Christen noch weiter in eine Minderheitensituation hineingeraten.

Irak

Unsere Landeskirche unterstützt weiterhin die Christinnen und Christen, die im Nordirak leben. Konkrete Zahlen haben wir nicht, aber es zeichnet sich ab, dass in den letzten beiden Jahren die Zahl der dort in der Ninive-Ebene lebenden Christen um die Hälfte von 300.000 auf 150.000 abgenommen hat. Wer kann, der geht. Gemeinsam mit der bayrischen Landeskirche möchten wir aber weiterhin den dortbleibenden Christen und Christinnen helfen bei ihrem Bemühen, ihre Existenz zu sichern. Dort sind es vor allem orthodoxe Kirchen, denen unser Augenmerk gilt, aber auch den dort lebenden Jesiden.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur Situation der orthodoxen Kirchen insgesamt sagen. Es bereitet uns große Sorgen, welche Spaltungen derzeit durch die orthodoxe Welt gehen. Gerade unsere Landeskirche, die seit vielen Jahren und als einzige im Bereich der EKD gute Beziehungen zu orthodoxen Kirchen unterhält, ist von diesen Vorgängen betroffen. Der mittlerweile offen ausgetragene Streit zwischen dem russisch-orthodoxen Patriarchat in Moskau und dem Ökumenischen Patriarchat in Konstantinopel bringt vermehrt Gläubige in Bedrängnis und Not. Immer wieder versuchen einzelne orthodoxe Kirchen einen Unabhängigkeitsstatus zu erhalten, also in die Autokephalie zu gehen, um eine nationale Kirche werden zu können, die in erster Linie dem jeweiligen Staat verpflichtet ist und nicht mehr einem der beiden großen Blöcke. Besonders drastisch hat sich dieser Machtkampf jüngst in der Ukraine gezeigt, wo es derzeit drei orthodoxe Kirchen gibt, die um die Vorherrschaft und um Kirchenbesitz kämpfen, aber es gibt diese Bestrebungen auch in Ländern wie Nordmakedonien oder Montenegro.

Pakistan

Der Vielvölkerstaat Pakistan wurde von den Briten als Heimat für die Muslime des Subkontinents künstlich erschaffen. Er ist der einzige Staat weltweit, der als Islamischer Staat gegründet wurde (der IS wurde von keinem anderen Staat anerkannt). Schon der Name „Pakistan“ ist Programm: er bedeutet „das Land der Reinen/der Reinheit/der Heiligen/der Heiligkeit“. Der „Quaid-e-Azam“ (der Große Führer) Muhammad Ali Dschinnah garantierte zwar Religionsfreiheit für die religiösen Minderheiten der künftigen Islamischen Republik, aber das selbstverständlich im Sinne vom islamischen Verständnis der „Religionsfreiheit“ nach den Vorstellungen des „Paktes von Omar“. Dieser regelt das Leben der religiösen Minderheiten als „Pfronpflichtige Schützlinge“ (dhimmi), sofern sie als „Volk des Buches“ (ahl-e-kitaab), sprich: als Juden und Christen in der „Offenbarungslinie des Islam“ stehen. Die Abtrennung der muslimischen Teile Indiens brachte ein bisher beispielloses Töten und Vertreiben von Andersgläubigen auf beiden Seiten der von den Briten neu gezogen Staatsgrenzen. Mehr als zehn Millionen Menschen flüchteten oder wurden vertrieben, bis zu zwei Millionen verloren ihr Leben.

Es war ein hoher Preis zu zahlen, aber die Führung der Muslime unter Dschinnah war entschlossen die Staatsgründung um jeden Preis zu verlangen. Es ging um die Gründung eines islamischen Staates. Die Religion war die einzige verbindende Komponente. Um die vielen Menschen unterschiedlicher Ethnien und Sprachen zu verbinden gab der Quaid-e-Azam die Parole aus: „ek Imaan-ek lipaas-ek zubaan“, was so viel heißt wie „ein Glaube, eine Tracht, eine Sprache“; nämlich der Glaube des Islam soll verbinden, auch durch die Kleidung.

Zunächst bestand der neu gegründete Staat Pakistan aus den mehrheitlich von Muslimen bewohnten Nord-West und Nord-Ostregionen Indiens, die 2.000 km voneinander entfernt liegen. Im Bürgerkrieg Anfang der siebziger Jahre hat sich Ost-Pakistan abgetrennt und sich den Namen Bangladesch gegeben.

Die Legitimation für diese Abtrennung war bengalischer Nationalismus, eine Absage an die Gründungsideologie Pakistans. Bis heute gibt es andauernde Fehden zwischen rivalisierenden Ethnien in der Megapolis Karatschi (fünftgrößte Stadt der Welt). In Pakistan gibt es auf Provinzebene 20 Amtssprachen (von insgesamt mehr als 50 aktiv gesprochenen Sprachen im Lande), wozu Arabisch auch gezählt wird. Obwohl es zehn Millionenstädte in Pakistan gibt, lebt die Mehrheit der Bevölkerung auf dem Land, und ernährt sich hauptsächlich von der Landwirtschaft. Seit Staatsgründung hat es eine Bevölkerungsexplosion gegeben. Heute leben an die 220 Millionen Menschen im Lande, was Pakistan zum fünftgrößten unter den bevölkerungsreichsten Ländern der Welt macht. Nach Indonesien und vor Indien hat Pakistan die zweitgrößte Anzahl an Muslimen im Land.

Die Vereinheitlichung unter dem sunnitischen Islam (zirka 70% der Bevölkerung) bleibt das politische Ziel des Landes. Bei bis zu 20% Schiiten und 20 Millionen Ahmadiyyas, von denen mehr

als 90% wegen der starken religiösen Verfolgung emigriert sind, ganz abgesehen von den relativ kleinen christlichen, Hindu/Balmiki und Sikh Minderheiten, bleibt das eine explosive Problematik.

Starke charismatische Führer der Deoband Schule, der Gelehrte Maulana Maududi der Jamaat-i-Islami, der Paschtune Maulana Muhammad Amir Bijlighar und viele andere einflussreiche Prediger und Rechtsgelehrte haben für einen stetigen Rechtsruck in der Gesellschaft gesorgt. Durch eine konstante „Salomitaktik“ werden bei jeder Wahl und jeder Abstimmung im Parlament kleine Schritte in Richtung Implementierung der Scharia und Einführung einer rein islamischen Gesellschaft umgesetzt. Das religiös-politische Klima hat sich in den letzten 40 Jahren stark radikalisiert. Die Taliban wurden für ihren Marsch durch Afghanistan im paschtunischen Teil Pakistans ausgebildet. Die Tatsache, dass Osama Bin-Laden in Pakistan Unterschlupf fand und von US Navy Seals in Abbottabad ermordet wurde, hat die schon sehr komplizierte Beziehung zur politischen Stütze USA nachhaltig und empfindlich gestört. Pakistan sieht sich in einer Führungsrolle in der islamischen Welt und will den Islam auf ganzer Breite fördern, braucht aber die Unterstützung des Westens und Chinas gegen Indien, das von Russland unterstützt wird. Inzwischen baut Pakistan fast ganz auf den nördlichen Nachbarn China, das mit über 50 Milliarden US Dollar einen „Seidenstraße-Korridor“ durch Pakistan zum Indischen Ozean baut.

Seit dem Putsch gegen Zulfikar Ali Bhutto 1977, schreitet diese Radikalisierung in der Gesellschaft fort. General Zia-ul-Haq, der gegen Bhutto geputscht hatte, führte mit den „Huduud-Richtlinien“ das Personen- und Familienrecht der Scharia ein. Seitdem die Kräfte hinter den Taliban im Nordwesten des Landes an der Regierung sind, ist die Scharia dort eingeführt.

Die Lage für die religiösen Minderheiten (und die nicht religiösen Muslime) wird immer schwieriger. Frauen, die sich nicht verschleiern - oder zumindest den Kopf bedecken - werden öffentlich belästigt. Christen werden gern als Sündenbock für Missstände angeprangert oder als Wehrlose ausgebeutet. Am Anfang der Islamischen Republik gab es noch viele, die in Missionsschulen und -Krankenhäusern gelernt hatten, einen großen Respekt vor Christen zu haben wegen deren sozialem Engagement. Bei der Bevölkerungsexplosion Pakistans mit heute annähernd 220 Millionen und einer stetig schrumpfenden christlichen Präsenz wissen aber viele Pakistanis nichts mehr über den christlichen Glauben.

Pakistan gehört zu den am schnellsten wachsenden Staaten der Welt - auch wirtschaftlich. Es bildete sich durch die modernen Berufe rasch eine Mittelklasse, die auch in den modernen Medien unterwegs ist, was manchmal ein Gegengewicht zum Prozess der Islamisierung darstellen kann.

Anschläge in Sri Lanka

Erinnert wird da an die Anschläge auf christliche Kirchen und internationale Hotels in **Sri Lanka**, bei denen am Ostersonntag, dem 21. April 2019, 253 Menschen starben – die meisten davon

Christen. Gezielt wurden die katholische Sankt Sebastians Kirche in Negombo sowie die Sankt Antonius Kirche in der Hauptstadt Colombo und die evangelische Zions-Kirche in Batticaloa an der Ostküste des Inselstaats angegriffen, während sie ihre Ostergottesdienste feierten. Darüber hinaus kamen auch in den Hotels, in denen gezielt die Restaurants attackiert wurden, viele Christen ums Leben, die sich dort vor oder nach den Ostergottesdiensten und -messen als Familien zum Frühstück trafen. Eine kleine und bis dahin wenig bekannte, islamisch-extremistische Gruppe namens „National Thowheed Jamath“, die sich auf die Ideologie des „Islamischen Staats“ berief und von ihr inspiriert wurde, hat die Anschläge verübt.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung der Christenverfolgung in Sri Lanka in den letzten Jahren, ereigneten sich diese Anschläge völlig unerwartet. Die „National Christian Evangelical Alliance of Sri Lanka“ NCEASL dokumentiert bereits seit vielen Jahren Angriffe auf christliche Kirchen und unterstützt Pastoren und Gemeindeleiter vor Gericht. Bisher ging es dabei meist „nur“ um von radikalen buddhistischen Mönchen angestachelte Menschen, die Pastoren zur Schließung ihrer angeblich illegalen Gemeinden aufforderten – manchmal sogar mit Unterstützung der Polizei. Hierbei kam es immer wieder einmal auch zu gewaltsamen Übergriffen, aber nur äußerst selten zu Angriffen auf Leib und Leben. Zwar stieg die Anzahl dieser Vorfälle 2018 deutlich an, doch blieben die Auswirkungen der 86 von der NCEASL verzeichneten Vorfälle für das Jahr 2018 weitgehend bei dem bisher bekannten Maß an Gewalt gegenüber Christen.

Diese Vorgeschichte legt nahe, dass die Umstände der Anschläge am Ostersonntag über die konkrete Situation in Sri Lanka hinausgehen. Bei der Suche nach den Ursachen können insbesondere vier Beobachtungen aus den Vorfällen in Sri Lanka gewonnen werden:

(1) Warum Sri Lanka? Aufgrund der eben geschilderten Situation der christlichen Minderheit war dies die am meisten gestellte Frage nach den Anschlägen. Allerdings gibt es hierauf keine eindeutige Antwort. Zwischen 50 und 100 muslimische Bürger des Landes waren dem Ruf des „Islamischen Staats“ zu den Waffen in Syrien gefolgt, sowohl die ideologische Saat als auch die praktischen Fertigkeiten waren damit durch Rückkehrer und Kontakte gelegt. Eine schwache und in sich selbst gesplante Regierung, die Geheimdienstkenntnisse nicht mit allen teilt, bot dann die Möglichkeit, die Wirkung der Anschläge zu maximieren. Diese Voraussetzungen sind in etlichen anderen Staaten der Welt ebenfalls gegeben und die Frage, wie mit den IS-Rückkehrern aus Syrien umgegangen werden soll, wird sich noch öfter stellen.

(2) Die Herkunft der Selbstmordattentäter: Es ist bemerkenswert, dass die Selbstmordattentäter nicht aus den armen und marginalisierten Rändern der Gesellschaft stammten, sondern nach Medienberichten und Aussagen der lokalen Behörden aus der (gehobenen) Mittelschicht. Die meisten waren gebildet, einige hatten sogar im westlichen Ausland studiert. Dies erinnert fatal an die mit vielen Toten endende Geiselnahme in der „Holey Artisan Bakery“ in Dhaka, Bangladesch 2016. Der islamische Terrorismus, wie ihn der „Islamische Staat“ vertritt, scheint also vor allem ein

Phänomen der Mittelklasse zu sein, was nicht auf eine wirtschaftliche, sondern auf eine ideologische Motivation hinweist.

(3) Warum waren Christen das Ziel? Aus dem bereits Gesagten geht klar hervor, dass radikale buddhistische Mönche die traditionellen Verfolger von Christen in Sri Lanka waren und sind, häufig unterstützt durch von ihnen aufgestachelte Menschen und Nachbarn. Jedoch haben diese Angriffe niemals die Ermordung von Christen zur Folge gehabt, geschweige denn Massenmord. Muslime sind in den letzten Jahren in Sri Lanka sogar stärker verfolgt worden als Christen und es gab mehrere Angriffe, in denen viele Muslime ihr Leben verloren haben.

(4) Konsequenzen: Die Anschläge am Ostersonntag 2019 in Sri Lanka zeigen, dass der „Islamische Staat“ zwar im geographischen Sinne – etwa im Irak und in Syrien – weitgehend besiegt sein mag, seine Ideologie aber lebt weiter. Voraussichtlich haben wir daher weitere Anschläge zu erwarten. Asien und Afrika sind für diese Attacken besonders anfällig, weil viele Länder mehrere große religiöse Minderheiten haben und es dort häufiger Regionen gibt, in denen es für staatliche Autoritäten nicht einfach ist, ihre Macht auch auszuüben.

China

Von China war bereits im ersten Teil die Rede. Vieles, was dort geschieht, hat weltweite Auswirkungen. Hier lassen sich derzeit drei Trends skizzieren, die für einen umfassenden staatlichen Kontrollansatz stehen. Wobei betont werden muss, dass derzeit keine einheitliche Beurteilung von christlichen Kirchen in China möglich ist. Hier gibt es starke regionale Unterschiede. Überwiegend werden die Christinnen und Christen als staatstreue Bürgerinnen und Bürger geschätzt, die fleißig ihrer Arbeit nachgehen und sich sozial engagieren.

(1) Zum einen wurde im Dezember 2018 mit der „Early Rain Covenant Church“ in Chengdu in der Provinz Sichuan eine prominente Hauskirche geschlossen. Nur wenige Tage später traf es mit der „Rongguili Church“ in Guangzhou in der Provinz Guangdong eine weitere und bereits im September 2018 wurde die Zionskirche in Peking geschlossen. Diese großen Kirchen mit jeweils mehreren Hundert bis mehreren Tausend Mitgliedern stehen stellvertretend für eine große Zahl an Gemeinden im ganzen Land, deren Kirchengebäude geschlossen und zerstört, aber auch konfisziert und umgewidmet wurden. Bei diesen Maßnahmen war für den Staat irrelevant, ob es sich um staatlich anerkannte Dreiselbst-Kirchen oder um Hausgemeinden handelte. Im Hintergrund stand vielmehr die grundsätzliche Einschätzung der Partei, dass von religiösen Gruppen und insbesondere von Christen eine Gefahr ausgeht. Konsequenterweise hat Premierminister Li Keqiang in seiner Rede vor dem Volkskongress ausdrücklich erwähnt, dass die Kontrolle religiöser Bürger eine nationale Priorität darstellt und dies mit dem Ziel der Wahrung nationaler Stabilität begründet.

(2) Ein zweiter Trend ist, dass bereits Kinder der kommunistischen Staatsideologie ausgesetzt werden, um sie gegen alles Religiöse immun zu machen. Dementsprechend ist es offiziell verboten, Kinder unter 18 Jahren den Gottesdienst besuchen zu lassen. Die Einhaltung dieses Verbots kann durch die allgegenwärtigen Überwachungskameras vom Staat leicht überprüft werden, die auch innerhalb der Kirchengebäude angebracht sind. Bisher wird der Bann noch nicht landesweit durchgesetzt und sowohl Gemeinden als auch Eltern finden Wege, ihn auf kreativem Weg zu umgehen, aber die Kommunistische Partei hat den Kampf um die Herzen der Kinder aufgenommen.

(3) Schließlich ist auf einen dritten Trend hinzuweisen, der die Ausbildung der Pastoren betrifft. Sowohl von katholischer als auch von protestantischer Seite gibt es Berichte, dass sich Priester und Pastoren einem politischen Screening unterziehen müssen, es also um ihre ideologische Zuverlässigkeit geht. Hieran zeigt sich einmal mehr, dass die Partei einen langen Atem hat und neben gewaltsamem Vorgehen auch das weniger sichtbare Instrument der Beeinflussung und Lenkung beherrscht. Da die Partei offensichtlich Religion und insbesondere manche kleineren Kirchen als Bedrohung der nationalen Stabilität ansieht und China sich vielen Herausforderungen gegenüber sieht (als Stichworte mögen hier Handelskrieg, demografischer Wandel und Hongkong-Krise genügen), dürfte der Druck auf die Christen in China weiter zunehmen.

Indien und Nordkorea

In Indien wurde Premierminister Modi überraschend deutlich wiedergewählt. Das bedeutet für die christliche Minderheit, dass es voraussichtlich keine Verbesserung ihrer Lage geben wird. Die Zahl der Übergriffe bleibt auf unverändert hohem Niveau und steigt sogar noch an. Auch wenn der Premierminister selbst nicht zu Angriffen aufruft, bleiben die Behörden oft untätig und ermutigen so die radikalen Hindu-Organisationen immer wieder zu Angriffen. Die zunehmende Durchsetzung der Speisegebote von Hindus bringen die christliche Minderheit in Indien immer mehr in Bedrängnis. Auch in Indien gilt es allerdings zu beachten, dass es große regionale Unterschiede im Zusammenleben von Christen und Hindus in den einzelnen Staaten gibt. Für viele christliche Hilfsorganisationen aus dem globalen Norden wird es immer schwieriger, in Indien zu arbeiten.

Auch In Nordkorea haben die diplomatischen Bemühungen von Kim Jong Un und dem amerikanischen Präsident Donald Trump bisher keine Veränderungen in der Behandlung von Opposition oder Minderheiten gebracht, vor allem nicht für die Christen im Land. Christen werden im Gegenteil weiter als Staatsfeinde angesehen und die angespannte außenpolitische Lage hat die Überwachung sogar noch strikter werden lassen.

Positive Entwicklungen in Malaysia und Indonesien

Über die Freilassung und Ausreise von Asia Bibi aus Pakistan wurde in allen Medien weltweit berichtet. Zwei weitere positive Nachrichten aus prominenten Fällen machen deutlich, dass es sich lohnt, solche Fälle öffentlich zu machen.

In den letzten zwei Jahren musste über Pastor Raymond Koh aus Malaysia berichtet werden, der im Februar 2017 auf offener Straße von Unbekannten entführt wurde. Sein Verbleib ist bis heute unbekannt. Am 3. April dieses Jahres hat allerdings die unabhängige staatliche Menschenrechtskommission des Landes ihren Untersuchungsbericht veröffentlicht. Darin hält sie fest, dass es starke (Indizien)beweise für eine Beteiligung einer Sondereinheit der Polizei an der Entführung gibt. Die neue Regierung Malaysias hat deshalb eine umfassende neue Untersuchung staatlicherseits angekündigt.

Auch über die Verurteilung des früheren christlichen Gouverneurs von Jakarta (Indonesien), Basuki Tjahaja Purnama, wurde an dieser Stelle schon berichtet. Er wurde am 24. Januar 2019 nach Ablauf seiner zweijährigen Haftstrafe und unter Berücksichtigung üblicher Amnestien aus der Haft entlassen. Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im April 2019 sind frei und fair verlaufen, allerdings haben religiöse Untertöne im Wahlkampf eine Rolle gespielt. Analysten zufolge hat das Wahlergebnis eine zunehmende ideologische Spaltung zwischen moderaten Muslimen und den religiösen Minderheiten auf der einen und konservativen Muslimen auf der anderen Seite widerspiegelt. Die Wiederwahl des Amtsinhabers Joko Widodo, der selbst als moderat gilt, bedeutet nicht automatisch, dass sich die Lage der Minderheiten verbessern wird.

Afrika

Libyen

Betrachten wir zunächst den Norden Afrikas. Seit dem Fall des früheren Machthabers Gaddafi im Jahr 2011 herrscht in Libyen ein Zustand, der mit dem Begriff „Bürgerkrieg“ noch zurückhaltend beschrieben ist. Das Land ist in verschiedene Einflussphären zerfallen und von Gewalt und Anarchie gekennzeichnet. Diese Situation fand im April 2019 einen weiteren vorläufigen Höhepunkt als General Khalifa Haftar versuchte, die Hauptstadt Tripolis einzunehmen und so faktisch eine Vorentscheidung über die Macht im ganzen Land herbeizuführen. Die christliche Minderheit in Libyen ist klein und besteht zum einen aus Konvertiten, die einem starken Druck aus ihrer Familie und der Gesellschaft ausgesetzt sind, zum Islam zurückzukehren. Die zahlenmäßig größere Gruppe sind allerdings ausländische Christen. Die Arbeitsmigranten, welche früher vor allem aus anderen Ländern Afrikas kamen und unter anderem in der Ölindustrie des Landes gearbeitet haben, sind zum größten Teil aus Libyen geflohen, als der Zerfall des Landes begann.

Sie sind aber durch andere Migranten ersetzt worden, die Libyen als Transitland nutzen (oder dies zumindest geplant hatten), um in Europa ein neues Leben zu beginnen. Diese Migranten sind zum Ziel sowohl für militante islamische Gruppen als auch für die organisierte Kriminalität geworden. Immer wieder wurden Christen entführt, einige wurden umgebracht. Berichte aus den Aufnahmelagern in Libyen machen deutlich, unter welch unerträglichen Bedingungen die Menschen in den Lagern dort leben müssen. Migranten sind erbärmlichen hygienischen und sonstigen Bedingungen ausgesetzt und werden oft wie Tiere behandelt. Seit einem im November 2017 von CNN ausgestrahlten Bericht ist auch klar, dass es in Libyen Sklavenmärkte für Menschen aus anderen afrikanischen Ländern gibt.

Niger und Mali

2018 war Nigeria Schwerpunktland dieses Berichts. Heute sollen zwei Ländern erwähnt werden, die sonst wenig Aufmerksamkeit erhalten: Niger und Mali.

Am 15. Juni 2019 wurde das Gebäude der Gemeinde Gottes (AoG) in Maradi, im Süden **Nigers**, niedergebrannt, ebenso wie das Auto des Pastors. Beides folgte der Verhaftung eines prominenten Imams. Andere Kirchen in der drittgrößten Stadt des Niger wurden ebenfalls zum Ziel, doch haben Sicherheitskräfte Schäden verhindert. Auslöser der Unruhen war die Verhaftung von Sheikh Rayadoune von der Zaria Moschee in Maradi. Er wurde verhaftet, weil er ein geplantes Gesetz zur Regelung religiöser Verehrung als gegen den Islam gerichtet, bezeichnete. Dies geschah an einem Freitag; am Samstag hatte sich die Nachricht verbreitet und Jugendliche errichteten Straßenblockaden und verbrannten Reifen. Nachdem der Imam öffentlich zur Ruhe aufgerufen hatte und erklärte, er habe eine schlechte Übersetzung des Gesetzes gelesen, beruhigte sich die Lage wieder.

Bereits am 12. Juni 2019 hatten Christen im Dorf Kitchendi in der Region Diffa, Südost-Niger, Drohungen der islamistischen Gruppe Boko Haram erhalten. Sie sollten das Gebiet binnen drei Tagen verlassen oder sie würden umgebracht. Überbracht wurde diese Warnung in Briefform, von einer Frau, die Boko Haram einige Tage vorher entführt hatte. Etwa 50 Christen sind der Aufforderung gefolgt und nach Diffa geflohen, wo sie nun Hilfe ihrer Glaubensgeschwister erhalten.

In der Woche zuvor, am 2. Juni, haben die Sicherheitskräfte einen Selbstmordanschlag auf die „Abundant Life Church“ in Diffa verhindert. Bevor die Attentäter auch nur in die Nähe des Eingangs kommen konnten, wurden sie verhaftet.

In **Mali** wurden dagegen am und um den 10. Juni 2019 herum 102 Christen durch eine bewaffnete Gruppe ermordet, die das Dorf Sobame Da, nahe Sanga in der Mopti Region in Zentral-Mali,

überfielen. Die BBC sprach von 95 bestätigten Toten, aber lokalen Quellen zufolge ist die Zahl höher.

Diese Region ist dafür bekannt, dass es immer wieder Zusammenstöße zwischen zwei ethnischen Gruppen gibt: den Dogon – die Jäger sind – und den halbnomadischen Fulani (oder Peul), die Viehhirten sind. In einem am 31. Mai 2019 vorgestellten Bericht an den Sicherheitsrat sagte der UN-Generalsekretär, dass die Gewalt, der hunderte Menschen zum Opfer gefallen seien, durch die Präsenz extremistischer Gruppen potenziert worden sei.

Dass es Anschläge von Boko Haram auch in Ländern außerhalb Nigerias gegeben hat und auch die Kämpfe der Fulani mit anderen – häufig christlichen – Volksgruppen nicht auf Nigeria beschränkt sind, zeigen jüngste Attacken auf Christen in der **DR Kongo**, wo sich Rebellengruppen dem „Islamischen Staat“ angeschlossen haben, aber auch Angriffe in **Kamerun** und **Burkina Faso**.

Ich komme zum Schluss: Unser Landesbischof hat im Heft zum Stephanustag über Verfolgte Christen sein Vorwort beendet mit dem Hinweis auf das Jesaja-Buch. July schreibt dort:

Wir alle sind Gottes Kinder auf dieser Erde und deshalb hat der Prophet formuliert: So spricht der Herr: Fürchte dich nicht, denn ich habe dich erlöst; ich habe dich bei deinem Namen gerufen; du bist mein. Jesaja 43,1

Damit möchte ich meinen Bericht beenden und all denen danken, die mich bei Abfassen unterstützt haben. An erster Stelle Frau Wolf, meiner Stellvertreterin, sodann den Pfarrern Kümmerle, Murdoch, Sauer und Schlecht. Und der ganz besondere Dank gebührt Ihnen allen, dass Sie jährlich diesen Bericht einfordern, um sich über die Lage der verfolgten Menschen weltweit zu informieren.

Ich danke Ihnen!

Kirchenrat Klaus Rieth